

Dresdner Volkszeitung

Postkassentel.: Dresden
Nr. 1388, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsbehörden



Verantwortlich: Staatsbank, Arbeitl. Angelegenheiten, Dresden, Schulze, Dresden

Bei Eintritt von Änderungen (z. B. Adressänderung) ist es durch eine Einreichung beim Verlag der Dresdner Volkszeitung zu bewerkstelligen.
 Preis: 10 Pf. monatlich, 1.00 M. vierteljährlich, 3.00 M. halbjährlich, 6.00 M. jährlich. (Zusätzlich 1.00 M. für den Post- und Zustellungsbeitrag.)
 Abbestellen: Die 80 mm breite Monatszeitschrift 80 Pf., die 100 mm breite Monatszeitschrift 1.00 M., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 M. abhänlich. Preis für den Einzelheft 10 Pf. Familienangehörigen, Stellen- u. Anzeigen: 20 Pf. netto. Für Brieflieferung: 10 Pf. Einzelheft, 10 Pf.

Nr. 142 | Dresden, Montag, den 20. Juni 1932 | 43. Jahrgang

Sozialdemokratie gewinnt in Hessen

SPD. erobert 2 Sitze - Keine Rechtsmehrheit - Anwachsen der Nazi-Ziffern
Die bürgerlichen Splitter verschwinden - Niederlage der Linkshysteriker

Die gestrigen Landtagswahlen in Hessen erbrachten folgende Resultate:

Partei	Stimmen	Wahlmänner	Prozent	1931	1930
Sozialdemokr.	172550	17	168101	15	215746
Zentrum	108603	(10)	112444	(10)	104245
Kommunisten	82051	(7)	106790	(10)	84613
Soz. Arb.-P.					
u. Komm. Opp.	11697	(1)	23108	(2)	—
Deutschnat. Vp.	11267	(1)	10857	(1)	11902
Nationalsoz.	328268	(32)	291183	(27)	137881
Hess. Demotr.	4925	(—)	4613	(—)	—
Nat. Einheitsl.	24675	(2)	47445	(5)	187112

hielt unsere hessischen Genossen von den Landfahrten ab. Die Stimme der Sozialdemokratie drang auch in die verbleibenden Hysteriker. Die SPD. verdankt ihren Erfolg in erster Linie dieser Steigerung der Agitation; denn der neue Wapen-Kurs im Reich konnte bei diesen Landtagswahlen noch nicht genügend zum Ausdruck kommen, im Mittelpunkt standen ja auch besondere hessische Fragen.

Das Auffälligste auch an dieser Wahl ist der Rückgang der Linksradikalen. Die kommunistische und die Sozialdemokratische Partei erlitten eine katastrophale Niederlage. Die einen wurden regelrecht halbiert, während die Kommunisten gegenüber der Landtagswahl 1931 23 Prozent und 3 Sitze verlieren. Und dieser Bankrott der Linksradikalen in einer Zeit ernstlicher Not, beklemmender Massenarbeitslosigkeit, blühender Konjunktur für Hysteriker aller Lager! Wohin sind diese Linksradikalen Stimmen geraten? Ein kleiner Teil vielleicht zur Sozialdemokratie, ein anderer Teil zu Hitler oder ins Nichtwählerlager. Niemand im sozialistischen Lager wird sich dieser Entwicklung freuen; sie ist eine bittere Mahnung und enthält ernste Lehren. Die links hysterische Kritik an der Isolierung des Brünning-Kurses, der verlogene Kampf gegen die Sozialdemokratie, die kommunistische Schimpferei auf die sozialdemokratische Führerschaft — das alles nützt dem linkssozialistischen Lager nichts, sondern kommt nur dem Faschismus, der Reaktion, der Hitler-Demagogie. Ja man darf nach den dauernden Wahlschicksalen der Kommunisten — vom Bankrott der anderen zwei proletarischen Splitterparteien nicht zu reden — wohl sagen, daß dieser Bruderkampf einen beträchtlichen Teil bisheriger kommunistischer Wähler abstößt. Angeekelt wenden sie sich einer anderen Fahne zu. Werden die linksradikalen Arbeiter darauf für die Reichstagswahl die nötigen Schlussfolgerungen ziehen?

demokratie und Nationalsozialisten. In der Richtung dieser Gruppierung geht die Entwicklung der nächsten Zeit. Die bürgerlichen Mittelparteien suchen zwecklos nach einer neuen Sammelfirma; sie ist längst da. Die bürgerliche Einheitspartei — das sind die Nazis. Was im bürgerlichen Lager mit dem Gesicht unserer Zeit und mit der großkapitalistischen Entwicklung nicht zufrieden ist, wandert zu den Nazis hinüber, und die Ironie der Geschichte will es, daß der Großkapitalismus an diesen Irrungen und Wirrungen ein beträchtliches Interesse hat, daß er der Hysterischen „Arbeiterpartei“ gelegentlich nicht nur die Geldschränke, sondern auch die Herzen öffnet. Und es gibt Wähler, die sozialistisch sein wollen und sich von der behäufeltesten Demagogiepartei der Welt einfangen lassen.

Diesem Schwindel ist nur zu wehren, wenn die sozialistischen Parteien und Gruppen ihre taktischen Gegenläufe zurückstellen, wenn alle Sozialisten ihre Kräfte zum einheitlichen Kampf gegen die faschistische Gefahr, gegen die Einheitsfront von Militaristen, Kraut- und Schlotjunker konzentrieren. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob gewisse Leute aus ihrer hessischen Niederlage gelernt haben. Ignorieren die linkssozialistischen Gruppen auch diese Signale, dann werden sie am 31. Juli dafür zu büßen haben!

Regierungsbildung schwieriger geworden!
Die Frage der Regierungsbildung ist in Hessen durch das Ergebnis der gestrigen Wahl nicht einfacher, sondern noch komplizierter geworden. Eine stabile Mehrheit ist nur zu bilden durch das Zusammenwirken von Nationalsozialisten und Zentrum, deren gegenseitiges Verhältnis heute schlechter ist denn je. Andererseits würden für den Fall, daß die zwei Abgeordneten der Einheitsliste sich mit den Deutschnationalen auf der Seite der Nazis schlagen sollten, 35 Mandaten der Nazis und der bürgerlichen Mitte die gleiche Zahl von Mandaten der übrigen Parteien gegenüberstehen. Dieses letztere ist aber unwahrscheinlich, denn zur nationalen Einheitsliste gehört ja auch die Staatspartei. Angesichts dieser politisch-parlamentarischen Situation bleibt das Zentrum in Hessen für eine Regierungsbildung auf parlamentarischer Grundlage ausschlaggebend.

Erste Lehre fürs Proletariat

Der gestrigen hessischen Landtagswahl kam deshalb besondere Bedeutung zu, weil sie zwei Wochen nach dem Kurswechsel im Reich stattfand. Die neuen Notverordnungen konnten allerdings nur in der Agitation der letzten drei Tage eine Rolle spielen und deshalb von den Linksparteien nicht genügend ausgewertet werden. Die Nationalsozialisten arbeiteten nicht nur mit verstärkter Propaganda — Hitler hielt allein im Verlauf der letzten zehn Tage zwölf Versammlungen ab —, sondern auch mit verstärkter Demagogie. Sie können nichts für das Kabinett Papen. Sie haben's nicht gewollt, es ist nicht die Regierung der Nazisbarone, sie sind an den Notverordnungen unschuldig — sie können für nichts und sind gegen alles. Feig wie immer drückten sie sich von jeder Verantwortung. Um an die sozialistischen Wähler heranzukommen, legte Hitler eine neue Platte auf; er predigte so etwas wie Verständigung zwischen den „zwei großen Weltanschauungen des Nationalismus und Sozialismus“. So sogar der Marxismus war plötzlich nicht mehr der große Tod- und Erbfeind des deutschen Volkes, sondern Hitler erklärte es für traurig, wenn eine der beiden großen Strömungen — Marxismus und Nationalismus — etwa die andere niederringen möchte. Alles für die Dummen, alles fürs Kind! Es gibt keine Parole, es gibt keine Schwelkung, deren die Hitler-Demagogen nicht fähig wären. Sie haben trotz allem die erhoffte absolute Mehrheit nicht erreicht, aber immerhin dürfen sie den Erfolg buchen, daß sie ihre Stimmenzahl um 37 000 steigerten. Von 70 Sitzen erlangten sie damit 32.

Wie immer seit 1930, so geht auch diesmal der nationalsozialistische Zuwachs in der Hauptsache auf Kosten der bürgerlichen Mittelparteien, deren Auflösung nahezu vollendet ist. Wirtschaftspartei, Landvolk, Staatspartei und Volkspartei verflochten sich diesmal hinter einer neuen Firma, der Nationalen Einheitsliste. (Die Wirtschaftspartei wurde bei der letzten Landtagswahl wegen eines Formfehlers in ihrem Wahlvorschlagnicht zugelassen; deshalb erklärte der Staatsgerichtshof diese Landtagswahl für ungültig und darum die gestrige Neuwahl.) Die Parteien der neuen Einheitsliste stufen von 47 000 Stimmen, die sie im November erhielten, auf 24 675 Stimmen, verlieren also nahezu die Hälfte und schmelzen von 5 Mandaten auf 2. Die Deutschnationalen holten einige Hundert auf, während das Zentrum rund 4000 verlor. Das entspricht ungefähr dem Rückgang der Wahlbeteiligung.

Um so beachtlicher ist der Erfolg der Sozialdemokratie, die trotz schwächerer Wahlbeteiligung rund 4500 Stimmen und zwei Sitze gewinnt. Unsere Genossen haben allerdings mit einem Plan und Opfermut gekämpft, wie ihn hessische Wähler selten gesehen haben. In manchen Wahlkreisen wurden die Leute der Eisernen Front mit Steinen empfangen, ihre Kampfsprüche mehrfach angegriffen, zertrümmert, die Begleiter verounetet. Aber nichts

Als feste Blöcke ragen aus den Brandungen der Wahlkämpfe drei Parteien empor: Zentrum, Sozial-

Für deutsch-französischen Militärpakt

Papen auf Reichbergs Spuren

P. Paris, 20. Juni. (Eig. Funk.)
Der Lausanner Berichterstatter des Petit Parisien ist von dem Reichskanzler zu einer Unterredung empfangen worden, in deren Verlauf v. Papen sich über seine außenpolitischen Absichten ausgesprochen hat. Der Reichskanzler trat für eine enge wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland ein, die nach seiner Überzeugung einen großen Eindruck in Deutschland machen würde.

Außerdem hat der Korrespondent, der die Neuherungen v. Papens nicht wörtlich wiedergibt, zu seiner großen Überraschung festgestellt, daß der Reichskanzler einem deutsch-französischen Militärabkommen nach dem Plan Arnold Reibergs nicht abgeneigt ist. Dagegen soll der Reichskanzler von einem neuen politischen Pakt nicht sehr begeistert sein. Nach seiner Ansicht hat Locarno- und Kellogg-Pakt ausreichten. Ein neues derartiges Abkommen würde in keiner Weise die feierlichen Versprechungen verstärken, die sich die Staatsmänner in den letzten Jahren gegeben haben.

Es gehört keine besondere Prophezeiung dazu, das Ziel zu sehen, gegen das sich dieses „Militärabkommen“ richten sollte. Aber es ist zu vermuten, daß dieses Bündnis, das allenfalls den Herren der Schwerindustrie in den Kram passe, von den französischen Politikern durchschaut und entsprechend behandelt werden wird. Die Sozialisten in beiden

Ländern haben jedenfalls allen Grund, die Dinge mit der schärfsten Argwohn zu verfolgen.

Frankreichs Forderungen

P. Paris, 20. Juni. (Eig. Funk.)
Was Frankreich als Gegenleistung für eine endgültige Streichung der Reparationen erwartet, geht aus einer Meldung hervor, die der Chefredakteur des Matin seinem Blatt aus Lausanne übermittelt und die, allem Anschein nach, von der französischen Delegation inspiriert worden ist. Danach beziehen sich die Forderungen Frankreichs auf ein finanzielles, ein wirtschaftliches und ein politisches Abkommen.

Auf finanziellen Gebiet soll Deutschland, in Anbetracht dessen, daß der Kaiserliche Bankrott die Reichsbankgesellschaft als ein durchaus gesundes Unternehmen bezeichnet hat, eine Abfindungssumme für die Reparationen in der Form von Obligationen geben, die durch die Einnahmen der Reichsbahn garantiert werden. Die Gläubiger würden sich diese Summe teilen oder einen Teilbetrag Amerika als Aufzahlung für ihre Kriegsschulden anbieten.
Auf wirtschaftlichem Gebiet würde ein Abkommen zur Wiederaufrichtung Mitteleuropas verlangt, an dem sich auch England beteiligen, und das vor allem, nach den Worten Herricks in seiner Lausanner Rede, eine „Schwächung der Einfuhrbeschränkungen und die